

ÖkologieGlobal

Was wirtschaftliche Globalisierung und Naturschutz miteinander zu tun haben.

Der Wind hat sich gedreht. Im sechsten Amtsjahr der rot-grünen Bundesregierung ist vom ökologischen Umbau der Industriegesellschaft nicht mehr viel zu spüren. Auch wenn sich Einzelne in Parlament und Regierung mühen, von einem tiefgreifenden ökologischen Wandel ist wenig zu spüren. Nur noch ein Ziel steht im Mittelpunkt der Politik: Deutschland im internationalen Wettbewerb fit zu machen. Die ökonomische Globalisierung hat die Umweltfrage längst eingeholt.

In ganz verschiedener Hinsicht beschränkt und verhindert der immer härtere internationale Wettbewerb und der stärkere wirtschaftliche Austausch über Grenzen hinweg die Umsetzung der Ziele des Umwelt- und Naturschutzes. Mit mehr Welthandel ist zunächst mehr Verkehr verbunden. Das erhöht den ohnehin zu hohen Energieverbrauch weiter. 9% des menschengemachten Treibhauseffektes sind inzwischen auf den Flugverkehr zurückzuführen. Der Lärm und die Verstopfung der Straßen mit LKWs, besonders offensichtlich in den engen Alpentälern, macht das Problem auch bei uns sichtbar.

Weniger offensichtlich sind die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie Welthandelsorganisation (WTO), Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF). Die reichen Industrieländer benutzen v.a. diese Institutionen, um ihre Vorstellungen von unbegrenztem Freihandel, Deregulierung und Privatisierung global durchzusetzen.

Beispiel IWF: Der IWF macht mit seinen „Strukturanpassungsmaßnahmen“ Druck auf die insgesamt 80 nochverschuldeten Staaten, ihre Exporterlöse zu erhöhen. Seit der großen asiatischen Finanzkrise in Süd-Ostasien etwa holzt Indonesien seinen Regenwald viel schneller ab. Ähnlich läuft es in den verschuldeten Ländern Zentralafrikas. Die Folge: Unwiederbringlich gehen Tausende von tier- und Pflanzenarten verloren. Unter dem gleichen Druck sprießen in vielen Ländern Tourismusprojekte aus dem Boden, die zusätzliche Deviseneinnahmen bringen sollen. Dabei wird auf ökologische Fragen wenig Rücksicht genommen. So wächst der Golftourismus rasant an. Es entstehen riesige Golfplätze. Besonders in trockenen Regionen kommt es zu Ressourcenkonflikten, da der Zugang zu Wasser, Strom und Land nicht mehr gewährleistet ist. Von den Umweltfolgen des Flugverkehrs ganz zu schweigen. Der Betrieb eines durchschnittlichen 18-Loch Golfplatz in Trockengebieten braucht etwa 1.500 bis 2.000 m³ Wasser am Tag. Unter den zwanzig Staaten mit der geringsten Wasserverfügbarkeit finden sich viele weitere beliebte Urlaubsländer wie Malta, Singapur, Barbados, die Anrainerstaaten am Roten Meer, die Kapverdischen Inseln und Kenia.

Im Jahr 1850 waren weltweit noch 33.000 m³ Trinkwasser pro Jahr und Person verfügbar, 1990 waren es nur noch 8.500 m³. Dieser Trend setzt sich fort. In vielen Ländern wird die Trinkwasserversorgung privatisiert. Argument hierfür ist die angeblich höhere Effektivität privater Unternehmen. So verlieren Regierungen an Einfluss auf die Wasserversorgung der lokalen Bevölkerung. Hinzu kommt, dass Bau und Betrieb der Tourismusanlagen meist nicht an die regionalen Wirtschaft sondern an internationale Konzerne übergeben wird. Besonders in Billig-Ferienzielen profitiert die lokale Bevölkerung kaum vom Tourismus und bleibt auf Müll und Umweltzerstörung sitzen. Die Verstärkung der Exportwirtschaft der Entwicklungsländer unter dem Druck von Verschuldung ist also auch aus ökologischer Sicht ein großes Übel.

Beispiel WTO: Die Welthandelsorganisation hat sich zum Ziel gesetzt, alle Schranken im Welthandel zu beseitigen. Dabei kommt es regelmäßig zu Konflikten mit ökologischen Zielen und sogar internationalen Umweltabkommen. Abkommen, die nicht selten von denselben Staaten unterzeichnet wurden, enthalten immer wieder sich gegenseitig widersprechende Verpflichtungen. Ein aktuelles Beispiel betrifft die Gentechnik. Im Cartagena-Protokoll der Vereinten Nationen wird ausdrücklich das Vorsorgeprinzip festgeschrieben: Der Exporteur von gentechnisch verändertem Material muss vor der Zulassung die Ungefährlichkeit nachweisen. Die Welthandelsorganisation (WTO) fordert in ihren Abkommen das Gegenteil: Das Empfängerland (importierende Land) muss einen Nachweis für die Schädigung erbringen, sonst hat sie kein (WTO-) Recht, die Einfuhr von gentechnisch veränderten Organismen zu verbieten. Wer dem (WTO-)Recht nicht gehorcht, kann durch das WTO-Streitschlichtungspanel zu hohen Strafzöllen auf die eigenen Produkte verurteilt werden. Das Panel

besteht aus drei bis fünf Handelsjuristen. Expertinnen und Experten für Ökologie und Soziales werden nicht befragt und die Entscheidung fällt ohne demokratische Kontrolle. So zahlen europäische Exporteure nach einer solchen Panelentscheidung derzeit kräftig Strafzölle wegen der Weigerung der EU Rindfleisch mit Rinderwachstumshormonen aus den USA zu importieren.

Innerhalb der WTO wird derzeit über das GATS-Abkommen zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen verhandelt. Wenn es nach dem deutschen Wirtschaftsministerium und vielen anderen Freunden der unbeschränkten Globalisierung geht, sollen in Zukunft auch umweltrelevante Bereiche, wie Wasserwirtschaft, Energie, Verkehrssektor und Tourismusbranche, dereguliert, privatisiert und dem Freihandel zugänglich gemacht werden. So fordert die EU mit Unterstützung der Bundesregierung von zahlreichen Entwicklungsländern die Marktöffnung im Bereich der Wasser- und Energieversorgung. Die ökologischen Folgen wie auch die Auswirkungen auf die Versorgung weniger zahlungsfähiger Bürgerinnen und Bürger in den armen Ländern würden erheblich sein.

Die schwerwiegendsten Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung kommen jedoch aus der globalen Konkurrenz um Investitionen. Da das Kapital heute nicht mehr an irgendein Land gebunden ist, konkurrieren alle Staaten um Investitionen. Dabei versucht die Politik alles aus dem Weg zu räumen, was dabei hinderlich sein könnte. Dazu gehören zuerst Steuern auf die Gewinne der Unternehmen und die sozialen Standards der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber auch ökologische Regeln werden als Investitionshemmnis gesehen. Auf nationalstaatlicher Ebene ist den Interessen des international mobilen Kapitals kaum noch beizukommen. Deshalb kommt es darauf an soziale, ökologische und demokratische Regeln zunehmend auf der internationalen Ebene zu verankern. Einfach wird das nicht werden, denn mächtige Interessen in Wirtschaft und Politik haben daran wenig Interesse. Um so mehr wird es entscheidend sein, dass Bürgerinnen und Bürger den Prozess der Globalisierung in die eigenen Hände nehmen. Das Weltsozialforum, Attac, die Proteste bei den Treffen der internationalen Institutionen sind ein Zeichen für die entstehende internationale soziale Bewegung, die der Globalisierung ein anderes Gesicht geben will. Gerade Umweltgruppen aus den Entwicklungsländern sind überall mit dabei. „Global denken – lokal und global handeln“ sollte daher das neue Motto aller Natur- und Umweltschützer sein. Denn bei lokalem Handeln alleine, wird die Umwelt ganz schön alt aussehen.

Melanie Diller
Sven Giegold

Um die globalisierungskritische Diskussion in der Umweltbewegung anzustoßen, hat der BUND Verden eine bundesweite Bildungskampagne gestartet: **ÖkologieGlobal** – Die ökologischen Grenzen der Globalisierung. Angeboten werden Vorträge, Seminare und Workshops sowie Bildungsmaterialien. Für weitere Infos und Nachfragen: ÖkologieGlobal, BUND Verden, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, Tel: 04231-957 545, Fax: 04231-957 546, info@oekologieglobal.de, www.oekologieglobal.de

Melanie Diller; Diplom-Biologin arbeitet bei der Bildungskampagne ÖkologieGlobal des BUND Verden.

Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler, vertritt den BUND im Koordinierungskreis des globalisierungskritischen Netzwerks Attac.